

Bundesgesetzblatt ⁹¹⁷

Teil II

G 1998

2010

Ausgegeben zu Bonn am 18. August 2010

Nr. 22

Tag	Inhalt	Seite
5. 8.2010	Gesetz zu dem Abkommen vom 3. Dezember 2009 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über Soziale Sicherheit FNA: neu: 826-2-58 GESTA: XG002	918
9. 7.2010	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Booz Allen Hamilton, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-39-15)	938
9. 7.2010	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Booz Allen Hamilton, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-39-16)	940
16. 7.2010	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) über Finanzielle Zusammenarbeit	942
16. 7.2010	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) über Finanzielle Zusammenarbeit	943
26. 7.2010	Bekanntmachung des deutsch-chilenischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	945
26. 7.2010	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsbank der Andengemeinschaft (CAF) über Finanzielle Zusammenarbeit	947

**Gesetz
zu dem Abkommen vom 3. Dezember 2009
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Föderativen Republik Brasilien
über Soziale Sicherheit**

Vom 5. August 2010

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Berlin am 3. Dezember 2009 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über Soziale Sicherheit,
2. der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 3. Dezember 2009 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über Soziale Sicherheit.

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens sowie Änderungen der in Artikel 1 Nummer 2 genannten Durchführungsvereinbarung in Kraft zu setzen. Im Übrigen wird die Bundesregierung ermächtigt, die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den mit der Durchführung des Abkommens befassten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer im Abkommen genannter Stellen und Behörden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 26 Absatz 2 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 8 Absatz 2 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 5. August 2010

Der Bundespräsident
Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin
für Arbeit und Soziales
Ursula von der Leyen

Der Bundesminister des Auswärtigen
Guido Westerwelle

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Föderativen Republik Brasilien
über Soziale Sicherheit**

**Acordo
de Previdência Social
entre a República Federal da Alemanha
e a República Federativa do Brasil**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Föderative Republik Brasilien –
(im Folgenden „Vertragsstaaten“ genannt)

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe:

- a) „Staatsangehöriger“ in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und in Bezug auf die Föderative Republik Brasilien einen Brasilianer im Sinne der Verfassung und der Gesetze der Föderativen Republik Brasilien;
- b) „Rechtsvorschriften“ die Gesetze, Verordnungen und sonstigen allgemein verbindlichen Vorschriften, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens jeweils erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen;
- c) „zuständige Behörde“ in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und in Bezug auf die Föderative Republik Brasilien das Ministerium für Soziale Sicherheit;
- d) „Träger“ die Behörde oder die Einrichtung, der die Anwendung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften obliegt;
- e) „zuständiger Träger“ der Träger, dem im Einzelfall die Anwendung der Rechtsvorschriften obliegt;
- f) „Versicherungszeiten“ in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland die Beitragszeiten und Beschäftigungszeiten, die nach den deutschen Rechtsvorschriften als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind, und in Bezug auf die Föderative Republik Brasilien sämtliche Zeiten, die nach den brasilianischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen sind;
- g) „Rente“ oder „Geldleistung“ eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Anpassungen;

A República Federal da Alemanha
e

A República Federativa do Brasil
(doravante denominados “Partes”),

Imbuídos do desejo de regulamentar suas relações em matéria de Previdência Social,

Acordam o seguinte:

Título I

Disposições gerais

Artigo 1

Definições

1. Neste Acordo, os termos relacionados a seguir possuem o seguinte significado:

- a) “cidadão nacional” é, em relação à República Federal da Alemanha, um alemão segundo a Lei Fundamental da República Federal da Alemanha e, em relação à República Federativa do Brasil, um brasileiro segundo a Constituição Federal e as Leis da República Federativa do Brasil;
- b) “legislação” são as leis, os regulamentos e os demais atos normativos vinculantes, que se referem aos setores e sistemas da previdência social pertinentes ao âmbito material deste Acordo;
- c) “Autoridade Competente” é, na República Federal da Alemanha, o Ministério Federal de Trabalho e Assuntos Sociais e, na República Federativa do Brasil, o Ministério da Previdência Social;
- d) “Instituição” é a autoridade ou o organismo responsável pela aplicação da legislação pertinente ao âmbito material deste Acordo;
- e) “Instituição Competente” é a instituição responsável pela aplicação da legislação em cada caso concreto;
- f) “períodos de seguro” são, na República Federal da Alemanha, períodos de contribuição e tempo de exercício da atividade profissional, considerados como tais na legislação alemã e outros períodos que tenham sido reconhecidos como tais por esta legislação, e, na República Federativa do Brasil, qualquer período considerado como tal pela legislação brasileira;
- g) “aposentadoria” ou “prestação pecuniária” é uma aposentadoria ou outra prestação pecuniária, incluindo todos os adicionais, subvenções e revalorizações;

h) „gewöhnlicher Aufenthalt“ oder „sich gewöhnlich aufhalten“ der Ort des nicht nur vorübergehenden tatsächlichen Aufenthalts oder sich nicht nur vorübergehend tatsächlich aufhalten.

(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats haben.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
- a) auf die deutschen Rechtsvorschriften über die
 - i. Rentenversicherung,
 - ii. hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
 - iii. Alterssicherung der Landwirte,
 - iv. Unfallversicherung in Bezug auf Renten und andere Geldleistungen;
 - b) auf die brasilianischen Rechtsvorschriften zur Sozialversicherung in Bezug auf
 - i. Rente, Invalidenrente, Hinterbliebenenrente und Unfallrente des Allgemeinen Sozialversicherungssystems,
 - ii. Rente, Invalidenrente und Hinterbliebenenrente der Sondersysteme der Sozialversicherung für Bedienstete im öffentlichen Dienst.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung Versicherungslastregelungen enthält, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines der beiden Vertragsstaaten übergegangen oder aus deren Last abgegeben worden sind.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen bezieht sich:

- a) unmittelbar auf:
 - i. Staatsangehörige der Vertragsstaaten,
 - ii. Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge,
 - iii. Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen;
- b) mittelbar auf andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einer unmittelbar erfassten Person im Sinne von Buchstabe a) dieses Artikels ableiten;
- c) auf Drittstaatsangehörige, soweit sie nicht zu den unmittelbar oder mittelbar erfassten Personen gemäß Buchstaben a) und b) dieses Artikels gehören.

Artikel 4

Gleichbehandlung

(1) Die vom persönlichen Geltungsbereich dieses Abkommens unmittelbar und mittelbar erfassten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

h) “residência habitual” ou “residir habitualmente” é o lugar de residência efetiva e não apenas temporária, ou residir efetivamente de modo não apenas temporário.

2. Os demais termos utilizados no Acordo têm o significado que lhes for atribuído pela legislação aplicável de cada Parte.

Artigo 2

Âmbito material

1. Este Acordo refere-se:
- a) à legislação alemã sobre:
 - i. seguro previdenciário;
 - ii. seguro complementar da caixa de seguro dos operários siderúrgicos;
 - iii. seguro de aposentadoria dos agricultores;
 - iv. seguro de acidentes, relativo a aposentadorias e a outras prestações pecuniárias;
 - b) à legislação brasileira sobre o seguro social referente:
 - i. às aposentadorias, pensão por morte e auxílio-acidente do Regime Geral de Previdência Social;
 - ii. às aposentadorias e pensão por morte dos Regimes Próprios de Previdência Social dos servidores públicos.

2. Se, de acordo com a legislação de uma das Partes, além dos pressupostos para a aplicação deste Acordo, também estiverem preenchidos aqueles para a aplicação de outro acordo ou de regulamentações supranacionais, a Instituição dessa Parte, quando aplicar este Acordo, ignorará o outro acordo ou as regulamentações supranacionais. Esse procedimento não se aplica se o outro acordo ou o direito supranacional contiverem regras de repartição dos encargos segurados, nos termos das quais os períodos de seguro tenham sido assumidos definitivamente por uma das Partes ou tenham sido retirados da sua área de competência.

Artigo 3

Âmbito pessoal

Este Acordo se refere:

- a) diretamente a:
 - i. cidadãos nacionais das Partes;
 - ii. refugiados, segundo o Art. 1 da Convenção das Nações Unidas sobre o Estatuto dos Refugiados, de 28 de julho de 1951, e do Protocolo relativo ao Estatuto dos Refugiados, de 31 de janeiro de 1967;
 - iii. apátridas segundo o Art. 1 da Convenção sobre o Estatuto dos Apátridas, de 28 de setembro de 1954;
- b) indiretamente, a outras pessoas, no que diz respeito aos direitos derivados de uma pessoa diretamente abrangida pelo âmbito da alínea “a” do presente Artigo;
- c) cidadãos de Estados terceiros que não se incluam entre as pessoas direta ou indiretamente abrangidas pelas alíneas “a” e “b” do presente Artigo.

Artigo 4

Igualdade de tratamento

1. As pessoas compreendidas, direta ou indiretamente, no âmbito de aplicação deste Acordo, que residam habitualmente no território de uma das Partes, encontram-se iguais aos cidadãos dessa Parte, no que se refere à aplicação da sua legislação.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats.

Artikel 5

Gleichstellung des gewöhnlichen Aufenthalts

Einschränkende Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen, das Erbringen von Leistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, gelten nicht für die von diesem Abkommen unmittelbar oder mittelbar erfassten Personen, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhalten.

Artikel 6

Anzuwendende Rechtsvorschriften für Erwerbstätige

(1) Sofern dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten für eine abhängig beschäftigte Person ausschließlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie die Beschäftigung tatsächlich ausübt.

(2) Für Personen, die Mitglieder des fliegenden Personals eines Unternehmens sind, das für eigene Rechnung oder für Rechnung Dritter im internationalen Verkehrswesen die Beförderung von Personen oder Gütern durchführt, gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet das Unternehmen seinen Geschäftssitz hat. Hat das Unternehmen einen Geschäftssitz, eine Zweigstelle oder eine ständige Vertretung in beiden Vertragsstaaten, gelten für eine abhängig beschäftigte Person die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats in dessen Hoheitsgebiet sie üblicherweise die Tätigkeit aufnimmt.

(3) Für eine Person, die an Bord eines Seeschiffes, das die Flagge eines Vertragsstaates führt, eine abhängige Beschäftigung ausübt, gelten die Rechtsvorschriften dieses Staates. Eine gewöhnlich nicht auf See tätige Person, die eine Arbeit in den Hoheitsgewässern oder in einem Hafen eines Vertragsstaats an Bord eines in diesen Hoheitsgewässern oder in diesem Hafen befindlichen Schiffes, das unter der Flagge des anderen Vertragsstaats fährt, ausführt und nicht der Besatzung dieses Schiffes angehört, unterliegt den Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats.

(4) Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für andere Personen als abhängige Beschäftigte, auf die sich die vom sachlichen Geltungsbereich im Sinne von Artikel 2 dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften beziehen.

Artikel 7

Anzuwendende Rechtsvorschriften bei Entsendung

(1) Wird eine Person, die gewöhnlich in einem Vertragsstaat abhängig beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von ihrem Arbeitgeber, der im Entsendestaat gewöhnlich eine nennenswerte Geschäftstätigkeit ausübt, in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine im Voraus zeitlich begrenzte Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten während der ersten 24 Monate allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so weiter, als wäre sie noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt. Der Zeitraum von 24 Monaten beginnt mit dem ersten Tag des Monats, in dem die betreffende Person die Beschäftigung im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufnimmt.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für andere Personen als abhängige Beschäftigte, auf die sich die vom sachlichen Geltungsbereich im Sinne von Artikel 2 dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften beziehen.

2. As prestações segundo a legislação de uma Parte serão atribuídas aos cidadãos da outra Parte que residam habitualmente fora dos territórios das Partes, sob as mesmas condições prévias que aos cidadãos da primeira Parte que aí habitualmente residam.

Artigo 5

Equiparação da residência habitual

As disposições legais restritivas de uma Parte, nos termos das quais a geração de direitos a prestações e a sua realização ou o pagamento de prestações pecuniárias dependam de haver residência habitual no território dessa Parte, não são válidas para pessoas abrangidas, direta ou indiretamente, pelo âmbito do presente Acordo, que residam no território da outra Parte.

Artigo 6

Legislação aplicável a pessoas que exercem atividades econômicas

1. Salvo disposição em contrário no presente Acordo, para uma pessoa que exerce atividade dependente, aplica-se exclusivamente a legislação da Parte em cujo território essa pessoa efetivamente desempenha sua atividade.

2. A membros da tripulação de empresas aéreas, que realizam transporte internacional de pessoas ou mercadorias por conta própria ou por conta alheia, aplica-se a legislação da Parte em cujo território está sediada a empresa. Caso a empresa tenha uma sede, uma filial ou uma representação permanente em ambas as Partes, aplica-se a legislação daquela em cujo território o trabalhador dependente usualmente inicia sua atividade laboral.

3. Para uma pessoa que exerce atividade dependente a bordo de embarcação de longo curso que viaje sob a bandeira de uma das Partes, aplica-se a legislação desta Parte. A pessoa que, não exercendo habitualmente no mar sua atividade profissional, efetue trabalho em águas territoriais ou no porto de uma Parte, em embarcação com bandeira da outra Parte a qual se encontra nessas águas territoriais ou neste porto da primeira Parte, mas sem pertencer à tripulação dessa embarcação, está sujeita à legislação da primeira Parte.

4. Os parágrafos de 1 a 3 aplicam-se correspondentemente a outras pessoas abrangidas pela legislação pertinente ao âmbito material conforme Artigo 2 deste Acordo, e que não sejam trabalhadores dependentes.

Artigo 7

Legislação aplicável em caso de deslocamento

1. Se uma pessoa que habitualmente exerce atividade dependente em uma das Partes for deslocada, no âmbito dessa relação de trabalho, pelo seu empregador, o qual exerce regularmente uma atividade econômica significativa no Estado de origem, para o território da outra Parte, a fim de realizar trabalho para esse mesmo empregador por um período previamente determinado, a legislação da primeira Parte continuará a ser aplicada durante os primeiros 24 meses, como se ainda estivesse trabalhando no território dessa Parte. O período de 24 meses começará a ser contado no primeiro dia do mês no qual a pessoa inicia a atividade no território da outra Parte.

2. O parágrafo 1 aplica-se correspondentemente a outras pessoas abrangidas pela legislação indicada no Art. 2 do Acordo e que não sejam trabalhadores dependentes.

Artikel 8**Anzuwendende Rechtsvorschriften
für Beschäftigte bei diplomatischen Missionen
oder konsularischen Vertretungen**

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Anwendung des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen oder des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen.

(2) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von diesem oder einem Mitglied oder einem Bediensteten einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so, als wäre er dort beschäftigt. Das gilt nicht, wenn diese Person unmittelbar vor Beginn der Beschäftigung ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Beschäftigungsstaat hat.

(3) Beschäftigt die diplomatische Mission oder die konsularische Vertretung eines der Vertragsstaaten Personen, für die die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gelten, so hat die diplomatische Mission oder die konsularische Vertretung die Verpflichtungen, die dem örtlichen Arbeitgeber nach den genannten Rechtsvorschriften obliegen, einzuhalten.

Artikel 9**Ausnahmen von den Bestimmungen
über die anzuwendenden Rechtsvorschriften**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen können im gegenseitigen Einvernehmen Ausnahmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die anzuwendenden Rechtsvorschriften unter der Voraussetzung vereinbaren, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

(2) Die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Ausnahmen sind gemeinsam von der abhängig beschäftigten Person und ihrem Arbeitgeber oder – sofern es sich nicht um eine abhängig beschäftigte Person handelt – durch diese Person selbst zu beantragen. Der Antrag ist in dem Vertragsstaat zu stellen, dessen Rechtsvorschriften gelten sollen.

Teil II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1**Versicherung gegen
Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten****Artikel 10****Berücksichtigung von
Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten**

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vor, dass bei der Bemessung des Grads der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats fallenden Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten, als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

Artigo 8**Legislação aplicável aos funcionários
de Missões diplomáticas ou Repartições consulares**

1. Este Acordo não afeta a aplicação da Convenção de Viena sobre Relações Diplomáticas, de 18 de abril de 1961, ou da Convenção de Viena sobre Relações Consulares, de 24 de abril de 1963.

2. Se um cidadão de uma das Partes é contratado por essa Parte ou por membro ou funcionário de uma de suas Missões diplomáticas ou Repartições consulares para exercer funções no território da outra Parte, a legislação da primeira Parte é válida, para o período de exercício de suas funções, como se ainda estivesse trabalhando nessa Parte. Esse dispositivo não se aplica se essa pessoa possuir residência habitual na Parte de exercício da atividade em momento imediatamente anterior ao início da relação de trabalho.

3. Se a Missão diplomática ou Repartição consular de uma Parte empregar pessoas que estão submetidas à legislação da outra Parte, tal Missão diplomática ou a Repartição consular serão obrigadas a respeitar essa legislação, à qual tem de submeter-se o empregador local.

Artigo 9**Exceções às disposições sobre a legislação aplicável**

1. Autoridades competentes das Partes ou instâncias por elas designadas podem, de comum acordo, estabelecer exceções às disposições do presente Acordo com relação à legislação aplicável, desde que a pessoa interessada continue ou venha a estar sujeita à legislação de uma das Partes. Deve-se levar em consideração o tipo de atividade a ser exercida e suas circunstâncias.

2. As exceções indicadas no parágrafo 1 deste Artigo devem ser solicitadas por meio de requerimento conjunto do trabalhador dependente e do seu empregador ou, caso não se trate de trabalhador dependente, a pedido da própria pessoa. O requerimento será dirigido à Parte cuja legislação se deseja que prevaleça.

Título II

Disposições especiais

Capítulo 1**Seguro de acidentes
de trabalho e doenças ocupacionais****Artigo 10****Consideração de acidentes
de trabalho ou doenças ocupacionais**

1. Se a legislação de uma Parte previr, para a avaliação do grau de incapacidade ou para a fixação do direito à prestação em consequência de um acidente de trabalho ou de doença ocupacional no sentido desta legislação, que se tenha de levar em consideração outros acidentes de trabalho ou doenças ocupacionais, essa previsão será igualmente aplicável a acidentes de trabalho e doenças ocupacionais sujeitos à legislação da outra Parte, como se tivessem ficado sujeitos à legislação da primeira. Os acidentes de trabalho ou doenças ocupacionais a ter em consideração ficam equiparados àqueles que são considerados acidentes ou outros casos de indenização nos termos de outras disposições legais.

(2) Der für die Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalls zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit entsprechend der für ihn geltenden Rechtsvorschriften fest.

Kapitel 2

Rentenversicherung

Artikel 11

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Das Ausmaß der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Die Berechnung der Versicherten- und Hinterbliebenenrenten richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 12

Besonderheiten für den deutschen Träger

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung im Ermessen eines Trägers liegt.

(3) Nach den brasilianischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten werden in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind. Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der deutsche Träger die nach den brasilianischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, während derer gleichartige Tätigkeiten verrichtet worden sind.

(4) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats oder vergleichbare Tatbestände im anderen Vertragsstaat berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrenten oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den brasilianischen Rechtsvorschriften gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Föderativen Republik Brasilien.

(5) Die nach der Bestimmung über die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur im tatsächlichen zeitlichen Ausmaß berücksichtigt.

(6) Soweit in der Alterssicherung der Landwirte die Gewährung bestimmter Leistungen davon abhängt, dass Versicherungszeiten im Sondersystem für Landwirte zurückgelegt wor-

2. A instituição competente, responsável pela indenização do caso de seguro em causa, determina sua prestação, de acordo com o grau de incapacidade resultante do acidente de trabalho ou doença ocupacional determinado pela legislação a que está submetida.

Capítulo 2

Seguro Previdenciário

Artigo 11

Totalização de períodos de seguro e cálculo da aposentadoria

1. Para o direito à prestação, segundo a legislação a ser aplicada, também são considerados os períodos de seguro computáveis segundo a legislação da outra Parte e que não recaiam sobre o mesmo período de tempo. Os períodos de seguro a considerar orientam-se pela legislação da Parte de acordo com a qual decorreram estes períodos.

2. No caso de o direito à prestação exigir períodos de seguro com determinadas características, só serão considerados períodos de seguro equiparáveis nos termos da legislação da outra Parte.

3. O cálculo das aposentadorias e pensões por morte é regulado pela legislação da respectiva Parte, salvo disposição contrária contida neste Acordo.

Artigo 12

Particularidades para a Instituição alemã

1. A base para a apuração da pontuação pessoal são os pontos adquiridos de acordo com a legislação alemã.

2. A disposição sobre a totalização dos períodos de seguro aplica-se, correspondentemente, às prestações, cuja concessão por uma instituição competente é facultativa.

3. Os períodos de seguro cumpridos de acordo com a legislação brasileira são levados em consideração na caixa de seguro dos mineiros caso o segurado tenha cumprido esse tempo na parte subterrânea de uma mina. Se, para a legislação alemã, for condição para o direito à prestação que o trabalho tenha sido cumprido de forma contínua na parte subterrânea da mina ou em outro trabalho a este equiparado, a instituição alemã levará em consideração os períodos de seguro cumpridos segundo a legislação brasileira, nos quais tenham sido exercidas atividades equivalentes.

4. Se, para ter direito a prestações segundo a legislação alemã, for condição que determinados períodos de seguro tenham decorrido num determinado espaço de tempo, e se a legislação prevê, além disso, que este período de tempo possa prolongar-se por força de determinado conjunto de fatos ou períodos de seguro, para o prolongamento também serão considerados períodos de seguro segundo a legislação da outra Parte ou um conjunto de fatos comparáveis na outra Parte. Fatos comparáveis são períodos de tempo, durante os quais foram pagas aposentadorias por invalidez ou por idade, ou prestações por doença, desemprego ou acidente de trabalho (neste caso, com exceção de aposentadorias) segundo a legislação brasileira, e períodos dedicados à educação dos filhos passados na República Federativa do Brasil.

5. Os períodos de seguro a ter em consideração nos termos das disposições relativas à totalização dos períodos de seguro serão considerados, apenas, na sua dimensão temporal efetiva.

6. Se a concessão de determinadas prestações no seguro de aposentadoria dos agricultores depender do cumprimento de períodos de seguro dentro do sistema especial para agricul-

den sind, werden für die Gewährung dieser Leistungen die nach brasilianischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten nur dann berücksichtigt, wenn sie während einer Tätigkeit als selbständiger Landwirt zurückgelegt worden sind.

Artikel 13

Besonderheiten für den brasilianischen Träger

(1) Setzen die brasilianischen Rechtsvorschriften für den Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente voraus, dass der Zeitpunkt des Todes des Versicherten innerhalb einer Versicherungszeit liegt, so gilt diese Voraussetzung für die Begründung eines Anspruchs auf Rente als erfüllt, wenn der Zeitpunkt des Todes innerhalb einer Versicherungszeit nach den deutschen Rechtsvorschriften liegt.

(2) Die nach den deutschen Rechtsvorschriften im Sonder-system für Landwirte zurückgelegten Versicherungszeiten werden für die Anerkennung des Anspruchs auf eine Altersrente, Invalidenrente oder Hinterbliebenenrente im brasilianischen Allgemeinen System berücksichtigt als wären es landwirtschaftliche Sondersicherungszeiten.

(3) Die nach deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Beschäftigungszeiten unter besonderen Bedingungen, welche nachweislich die Gesundheit oder körperliche Unversehrtheit der erwerbstätigen Person beeinträchtigen konnten, werden vom zuständigen brasilianischen Träger für eine Sonderrente berücksichtigt. Die schädlichen Faktoren, denen die Person ausgesetzt war, müssen nachgewiesen werden.

(4) Nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten werden bei Feststellung einer Sonderrente berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind. Ist nach brasilianischen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Zeiten zurückgelegt wurden, so berücksichtigt der brasilianische Träger für die Gewährung dieser Sonderrente die nach deutschen Rechtsvorschriften mit entsprechenden Tätigkeiten zurückgelegten Versicherungszeiten.

(5) Aufgrund der Information über das abgebaute Produkt, die vom deutschen Träger übermittelt wird, stellt der zuständige brasilianische Träger den schädlichen Faktor für die Gewährung der Sonderrente fest. Ist es dem zuständigen brasilianischen Träger nicht möglich, den gesundheitsschädigenden Faktor für die versicherte Person festzustellen, die nach deutschen Rechtsvorschriften Versicherungszeiten im Bergbau unter Tage zurückgelegt hat, wird ausschließlich diese mitgeteilte Zeit für die Gewährung der Sonderrente berücksichtigt, die nach brasilianischen Rechtsvorschriften der höchsten Beitragszeit entspricht.

(6) Besteht nach den brasilianischen Rechtsvorschriften unter Berücksichtigung der ausschließlich nach den brasilianischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten kein Anspruch auf eine Leistung, werden diese Versicherungszeiten und die nach den deutschen Rechtsvorschriften anrechnungsfähigen Versicherungszeiten zusammengerechnet, sofern sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(7) Besteht ein Leistungsanspruch nur unter Berücksichtigung auch der nach deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten gemäß Artikel 11 Absatz 1, wird die Leistung folgendermaßen berechnet:

- a) Der brasilianische Träger berechnet zunächst den Rentenbetrag, der dem Betrag entspricht, der zu zahlen wäre, wenn alle nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten angerechneten Versicherungszeiten nach den brasilianischen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden wären.
- b) Zur Feststellung des Rentenbetrages berücksichtigt der brasilianische Träger jedoch nur die den Beiträgen zugrunde gelegten Löhne und Gehälter während nach brasilianischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten (theoretischer Betrag).

tores, só serão computados para a concessão destas prestações os períodos de seguro decorridos ao abrigo da legislação brasileira, se estes períodos de seguro tiverem decorrido durante o exercício de atividade como agricultor por conta própria.

Artigo 13

Particularidades para a Instituição brasileira

1. Se, para a legislação brasileira, for condição para o direito à pensão por morte, o fato de o falecimento do segurado ter acontecido durante um período de seguro, a condição para a fundamentação do direito à prestação é considerada cumprida se o falecimento houver ocorrido dentro de um período de seguro de acordo com a legislação alemã.

2. Os períodos de seguro cumpridos de acordo com a legislação alemã no sistema especial para agricultores serão levados em consideração para o reconhecimento do direito a uma aposentadoria por idade, aposentadoria por invalidez ou pensão por morte no regime geral brasileiro como sendo equivalentes a períodos de seguro especial na agricultura.

3. O tempo de atividade exercido ao abrigo da legislação alemã sob condições especiais que comprovadamente prejudiquem a saúde ou a integridade física do trabalhador poderá ser computado pela instituição competente brasileira para fins de aposentadoria especial, desde que certificada a exposição aos respectivos agentes nocivos.

4. Os períodos de seguro cumpridos de acordo com a legislação alemã serão levados em consideração para uma aposentadoria especial, caso o segurado tenha cumprido esse tempo na parte subterrânea de uma mina. Se, para a legislação brasileira, for condição para o direito à prestação, que o trabalho tenha sido cumprido de forma contínua na parte subterrânea da mina ou em outro período de seguro a este equiparado, a instituição brasileira levará em consideração, para fins de concessão desta aposentadoria especial, o período de seguro cumprido segundo a legislação alemã em atividade idêntica.

5. Com base na informação do produto extraído da mina, comunicado pela instituição competente alemã, a instituição competente brasileira fundamentará a identificação do agente nocivo para fins de concessão de aposentadoria especial. Caso não seja possível à instituição competente brasileira identificar o agente nocivo ou prejudicial à saúde do segurado que apresente período de seguro cumprido, conforme a legislação aplicável alemã, exclusivamente na parte subterrânea de mina, o tempo informado será considerado, para fins de concessão de aposentadoria especial, com o maior tempo de contribuição previsto na legislação brasileira.

6. Se, conforme a legislação brasileira, não houver direito a prestações considerando os períodos de seguro cumpridos exclusivamente conforme a legislação brasileira, esses períodos serão totalizados com os períodos de seguro computáveis conforme a legislação alemã, a não ser que se trate de períodos concomitantes.

7. Se o direito a uma prestação existir apenas com a consideração também dos períodos de seguro computáveis segundo a legislação alemã conforme o Art. 11, parágrafo 1, a prestação será calculada da seguinte forma:

- a) a Instituição brasileira calculará, inicialmente, o montante do benefício supondo que todos os períodos considerados conforme as legislações das duas Partes tivessem sido cumpridos ao amparo da legislação brasileira;
- b) para a apuração do montante do benefício, a Instituição brasileira considerará apenas salários e remunerações que serviram de base para o pagamento de contribuições durante os períodos de seguro cumpridos conforme a legislação brasileira (prestação teórica);

- c) Liegt der theoretische Betrag unter dem Wert der Mindestrente, wird dieser auf den Mindestrentenbetrag erhöht.
- d) Der brasilianische Träger berechnet sodann die anteilige Leistung, die nach den brasilianischen Rechtsvorschriften zu zahlen ist, auf der Grundlage des theoretischen Betrages entsprechend dem Verhältnis der Dauer der nach seinen Rechtsvorschriften berücksichtigten Versicherungszeiten zu der Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten berücksichtigten Versicherungszeiten (Pro-Rata-Leistung).
- c) se o montante da prestação teórica for menor do que o limite mínimo de benefício, a prestação teórica será elevada para o limite mínimo de benefício;
- d) por fim, a Instituição brasileira calculará a prestação proporcional a pagar, conforme a legislação brasileira, com base na prestação teórica e na proporção da duração dos períodos de seguro considerados, conforme a sua própria legislação, em relação à duração total dos períodos de seguro cumpridos conforme as legislações das duas Partes (prestação pro rata).

Teil III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1 Amtshilfe

Artikel 14

Amtshilfe und ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos; an dritte Stellen geleistete Zahlungen mit Ausnahme der Kosten für Kommunikation werden erstattet.

(2) Die Amtshilfe umfasst auch ärztliche Untersuchungen im Rahmen der Rentenversicherung sowie bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige an dritte Stellen geleistete Zahlungen mit Ausnahme der Kosten für Kommunikation sind vom ersuchenden Träger zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 15

Gebühren und Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Verwaltungsgebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Dokumente, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Dokumente, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats vorzulegen sind.

(2) Dokumente, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 16

Bekanntgabe und Amtssprachen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten können bei der Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt.

(2) Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch einfachen Brief bekannt gegeben

Título III

Disposições diversas

Capítulo 1 Cooperação administrativa

Artigo 14

Cooperação administrativa e perícia médica

1. As Instituições, associações de instituições e autoridades das Partes cooperarão entre si na aplicação deste Acordo, bem como na aplicação da legislação pertinente ao seu âmbito material, como se estivessem aplicando sua própria legislação. Essa cooperação será gratuita. Pagamentos realizados a terceiros serão reembolsados, com a exceção dos custos de comunicação.

2. A cooperação administrativa engloba, igualmente, perícias médicas no âmbito do seguro previdenciário, assim como de acidentes de trabalho e doenças ocupacionais. Custos de perícias, viagens, perda de salário, de internamento para observação e outros pagamentos efetuados a terceiros, com exceção dos custos de comunicação, deverão ser reembolsados pela instituição solicitante. Os custos não serão reembolsados quando a perícia médica for do interesse das instituições competentes de ambas as Partes.

Artigo 15

Taxas e legalização

1. A isenção ou redução de impostos ou de taxas administrativas, previstas na legislação de uma das Partes, o reembolso com despesas de documentos de apresentação obrigatória, segundo esta legislação, engloba também os respectivos documentos que devem ser apresentados na aplicação do presente Acordo ou dentro da legislação da outra Parte, pertinente ao âmbito material deste Acordo.

2. Os documentos que devem ser apresentados, no âmbito da aplicação do presente Acordo ou dentro da legislação de uma Parte, pertinente ao âmbito material deste Acordo, não necessitam de legalização ou outras formalidades semelhantes perante as instâncias da outra Parte.

Artigo 16

Comunicação e línguas oficiais

1. As Instituições, associações de instituições e autoridades das Partes, quando aplicarem este Acordo e a legislação pertinente ao seu âmbito material, podem comunicar-se diretamente, entre si e com as pessoas envolvidas e os seus representantes, nas suas línguas oficiais. O presente Artigo não afeta a legislação sobre o recurso a tradutores.

2. Decisões e outros pronunciamentos podem ser comunicados diretamente a uma pessoa que se encontre no território da outra Parte por meio de carta simples. Decisões e outros

werden. Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden, können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein bekannt gegeben werden.

(3) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefasst sind.

Artikel 17

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger des ersten Vertragsstaats gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an den zuständigen Träger des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats, wenn der Antrag erkennen lässt, dass Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zurückgelegt worden sind. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Renten bei Alter aufgeschoben wird.

Artikel 18

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Die empfangende Stelle darf sie nur für diese Zwecke verwenden. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass

pronunciamentos de notificação obrigatória quando da aplicação da lei alemã sobre assistência às vítimas da Guerra, bem como daquelas leis que declaram que tal seja correspondentemente aplicável, podem ser comunicados diretamente a uma pessoa que se encontre no território da outra Parte por meio de carta registrada com aviso de recebimento.

3. As Instituições, associações de instituições e autoridades das Partes não podem recusar requerimentos e certidões por estarem redigidos na língua oficial da outra Parte.

Artigo 17

Equiparação dos requerimentos

1. Se o requerimento para uma prestação, feito segundo a legislação de uma Parte, tiver sido apresentado à instância da outra Parte autorizada a receber requerimentos para uma prestação equivalente, segundo a legislação a que está submetida, esse requerimento será válido como se tivesse sido feito na instituição competente da primeira Parte. Isto também se aplica aos demais requerimentos, assim como a declarações, esclarecimentos e recursos administrativos.

2. Requerimentos, declarações, pedidos de esclarecimento e recursos administrativos devem ser, imediatamente, enviados pelas instâncias da Parte às quais foram apresentados para a instituição competente da outra Parte.

3. Um requerimento para prestações, feito segundo a legislação de uma Parte, também é válido como requerimento para uma prestação equivalente, segundo a legislação da outra Parte se, no requerimento, estiver claro que períodos de seguro foram cumpridos segundo a legislação da outra Parte. Isso não se aplica caso a pessoa, expressamente, requeira que o reconhecimento dos direitos de aposentadoria, adquiridos de acordo com a legislação da outra Parte, seja suspenso.

Artigo 18

Proteção de dados

1. Quando, em razão deste Acordo, forem transmitidos dados pessoais, serão aplicadas as seguintes disposições, observando-se, ainda, a legislação vigente em cada uma das Partes:

- a) os dados podem ser transmitidos às instâncias designadas na Parte recebedora para a finalidade de aplicação deste Acordo e da legislação à qual ele se refere. A instância recebedora dos dados somente pode utilizá-los para essa finalidade. O repasse desses dados para outras instâncias ou o seu uso para outros fins na Parte recebedora é permitido, no âmbito do direito desta Parte, se tal repasse servir para fins de seguridade social, inclusive para procedimentos jurídicos a ela relacionados. A utilização desses dados é adicionalmente admissível para prevenir e investigar delitos relevantes, assim como para impedir perigos significativos à segurança pública;
- b) a pedido das instâncias remetentes, as instâncias recebedoras informarão sobre o uso dos dados transmitidos e sobre os resultados atingidos;
- c) as instâncias remetentes deverão atentar para a exatidão dos dados a serem transmitidos, assim como para sua pertinência e para sua proporcionalidade relativas ao objetivo das transmissões. Nesse contexto, devem ser respeitadas as proibições de transmissão impostas pelo direito interno de cada Parte. A transmissão de dados não será levada a cabo quando as instâncias remetentes possuírem motivos para supor que tal possa violar o propósito de uma lei interna de uma Parte ou prejudicar interesses dignos de proteção da pessoa em causa. Caso se comprove que foram

unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Vertragsstaats nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese Stelle ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.

- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von dessen Stelle die Person die Auskunft begehrt.
- e) Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten aufgrund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vertragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind oder nicht hätten übermittelt werden dürfen. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig oder unzulässig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
- f) Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherheit beeinträchtigt werden.
- g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten zu dokumentieren.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung dieses Abkommens

Artikel 19

Durchführung dieses Abkommens und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen bestimmt:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
- i. für die Rentenversicherung:
 - die Deutsche Rentenversicherung Nordbayern, Bayreuth,
 - die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,
 - die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum;

transmitidos dados incorretos ou dados que, de acordo com o direito da Parte remetente não poderiam ter sido transmitidos, então tal deve ser, imediatamente, comunicado às instâncias receptoras. Estas instâncias são obrigadas a proceder à correção ou à eliminação imediata destes dados;

- d) a pessoa envolvida deve ser informada, a seu requerimento, sobre os dados transmitidos sobre a sua pessoa ou sobre os fins pretendidos com os mesmos. Observada essa disposição, o direito da pessoa envolvida de receber informação sobre os dados disponíveis sobre si é regulamentado pelo direito interno da Parte de cuja instância a pessoa deseja obter a informação;
- e) se uma instância de uma Parte transmitir dados sobre uma pessoa, em virtude do presente Acordo, a instância receptora da outra Parte não pode alegar em sua defesa, em relação à pessoa prejudicada, no âmbito da sua responsabilidade de acordo com as disposições do direito nacional, que os dados transmitidos estavam incorretos ou indevidamente transmitidos. Se uma instância receptora pagar indenização por danos causados pelo uso de dados incorretos ou indevidamente transmitidos, a instância remetente deverá ressarcir à instância receptora o montante total da indenização;
- f) os dados pessoais transmitidos têm de ser eliminados logo que deixem de servir os fins para os quais foram transmitidos e quando não houver razões para supor que, com sua eliminação, possam ser afetados interesses dignos de proteção referentes à seguridade social da pessoa em causa;
- g) as instâncias remetentes e as instâncias receptoras deverão documentar a transmissão e recepção de dados pessoais;
- h) as instâncias remetentes e as instâncias receptoras deverão proteger, eficazmente, os dados transmitidos contra o acesso não autorizado, as alterações não autorizadas e a divulgação não autorizada.

2. As disposições do parágrafo 1 são igualmente válidas para o segredo industrial e o segredo comercial.

Capítulo 2

Execução e interpretação deste Acordo

Artigo 19

Execução deste Acordo e Organismos de Ligação

1. Os governos ou as autoridades competentes podem acordar sobre os convênios normativos necessários para a execução deste Acordo. As autoridades competentes deverão comunicar entre si as alterações e adendos à legislação pertinente ao âmbito material deste Acordo.

2. Para a execução deste Acordo são aqui determinados os seguintes organismos de ligação:

- a) na República Federal da Alemanha:
- i. para o seguro previdenciário: Deutsche Rentenversicherung Nordbayern, Bayreuth (Seguro Previdenciário Alemão, Gerência da Baviera do Norte, em Bayreuth), Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin (Seguro Previdenciário Alemão Federal, Berlin), Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum (Seguro Previdenciário dos Mineiros, Ferroviários e Marinheiros, Bochum);

- ii. für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung:
die Deutsche Rentenversicherung Saarland, Saarbrücken;
- iii. für die Alterssicherung der Landwirte:
der Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel;
- iv. für die Unfallversicherung:
die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland, Berlin;
- v. soweit die gesetzlichen Krankenversicherungsträger an der Durchführung dieses Abkommens beteiligt sind:
der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn;
- b) in der Föderativen Republik Brasilien:
Instituto Nacional de Seguro Social (Nationales Institut für Sozialversicherung), Brasília (INSS).

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist bei der Zuordnung innerhalb der Deutschen Rentenversicherung zu einem Regionalträger die Deutsche Rentenversicherung Nordbayern, Bayreuth, für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn:

- a) Versicherungszeiten nach den deutschen und den brasilianischen Rechtsvorschriften zurückgelegt wurden oder anzurechnen sind,
- b) der Berechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Föderativen Republik Brasilien hat oder
- c) der Berechtigte als brasilianischer Staatsangehöriger seinen gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Hoheitsgebietes der Vertragsstaaten hat.

(4) Absatz 3 dieses Artikels gilt für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(5) Die Verbindungsstellen werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und die Zahlung von Geldleistungen sowie die Einrichtung eines maschinellen Sterbedatenabgleichs zwischen beiden Vertragsstaaten. Die Bestimmung des Absatzes 1 bleibt unberührt.

(6) Absatz 5 dieses Artikels gilt entsprechend für die nach Artikel 9 des Abkommens von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen.

Artikel 20

Währung und Umrechnungskurse

(1) Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in dessen Währung mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistungen zugrunde gelegt worden ist.

(2) Hat ein Träger eines Vertragsstaats an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten.

- ii. para o seguro complementar da caixa de seguro dos operários siderúrgicos: Deutsche Rentenversicherung für das Saarland, Saarbrücken (Seguro Previdenciário Alemão para o Sarre, Saarbrücken);
- iii. para o seguro de aposentadoria dos agricultores: Spitzenverband der landwirtschaftlichen Sozialversicherung, Kassel (Confederação do Seguro Social Rural, Kassel);
- iv. para o seguro de acidentes: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung – Ausland, Berlin (Seguro-Acidente Obrigatório Alemão – DGUV, Organismo de Ligação do Seguro-Acidente com o Exterior, Berlin);
- v. no caso de as instituições de seguro-saúde obrigatório estarem envolvidas na execução deste Acordo: Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn (Confederação das Caixas de Seguro-Saúde Obrigatório – GKV, Organismo de Ligação do Seguro-Saúde com o Exterior, Bonn);
- b) na República Federativa do Brasil: INSS, Brasília.

3. Caso ainda não esteja previsto na legislação alemã, no processo de atribuição a uma instituição regional dentro do Regime Alemão de Aposentadorias, a Deutsche Rentenversicherung Nordbayern, Bayreuth, será responsável por todos os processos, inclusive o reconhecimento e o pagamento de prestações, se:

- a) períodos de seguro foram cumpridos ou devem ser reconhecidos segundo a legislação alemã e a brasileira;
- b) o beneficiário tem a sua residência habitual no território da República Federativa do Brasil, ou
- c) o beneficiário, possuindo a nacionalidade brasileira, tem a sua residência habitual fora do território das Partes.

4. O parágrafo 3 deste Artigo vale para a prestação de reabilitação médica e para o apoio à reintegração laboral somente no curso do processo de análise quanto à concessão de uma aposentadoria.

5. No âmbito da sua competência para a execução deste Acordo, os organismos de ligação têm poderes para acordar as medidas administrativas necessárias e adequadas, com a participação das autoridades competentes, incluindo o processo sobre o reembolso e o pagamento de prestações pecuniárias, bem como o cotejo eletrônico regular de benefícios com os sistemas de controle de óbitos de ambas as Partes. A determinação do parágrafo 1 deste Artigo permanece intacta.

6. O parágrafo 5 deste Artigo aplica-se, igualmente, às instâncias designadas pelas autoridades competentes no Artigo 9 deste Acordo.

Artigo 20

Moeda e taxas de câmbio

1. Prestações pecuniárias podem ser efetuadas, por uma instituição de uma das Partes, a uma pessoa que se encontre no território da outra Parte, na moeda deste último e com efeito liberatório. Nas relações entre a instituição e o beneficiário, é determinante para a conversão o câmbio do dia que serviu de referência para a transferência das prestações pecuniárias.

2. Se uma Instituição de uma das Partes tiver de efetuar pagamentos à Instituição da outra, o pagamento deve ser feito na moeda desta última.

Artikel 21**Erstattungen**

Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

Artikel 22**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

(1) Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch die zuständigen Behörden oder bei Fortbestehen der Meinungsverschiedenheiten durch direkte Verhandlungen zwischen den Vertragsstaaten beigelegt.

(2) Die Vertragsstaaten können zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zu speziellen Fragen im beiderseitigen Einvernehmen Ad-hoc-Kommissionen bilden.

Teil IV**Übergangs- und Schlussbestimmungen****Artikel 23****Leistungsansprüche auf der Grundlage dieses Abkommens**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und andere rechtserhebliche Sachverhalte berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Wird ein Antrag auf Feststellung einer Rente, auf die nur unter Berücksichtigung dieses Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von 24 Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt die Rente mit dem Monat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren, frühestens mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können auf Antrag neu festgestellt werden, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt. Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können auch von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt der Tag, an dem der Träger eines Vertragsstaats das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 dieses Artikels keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, ist die Rente in der bisherigen Höhe weiter zu erbringen.

Artikel 24**Schlussprotokoll**

Das beiliegende Schlussprotokoll ist untrennbarer Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 25**Geltungsdauer und Kündigung**

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es bis zum 30. September eines Kalenderjahres auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Die Kündigung wird am 1. Januar des auf die Kündigung folgenden Kalenderjahres wirksam.

Artigo 21**Reembolsos**

Caso a Instituição de uma das Partes tenha pago, indevidamente, prestações pecuniárias, essa quantia paga indevidamente pode ser retida de uma prestação equivalente, a seu favor, segundo a legislação da outra Parte.

Artigo 22**Solução de controvérsias**

1. Controvérsias sobre a interpretação ou a execução deste Acordo serão resolvidas pelas autoridades competentes ou, se persistir a controvérsia, por negociação direta entre as Partes.

2. As Partes poderão, de comum acordo, constituir comissões ad hoc para resolver controvérsias sobre questões específicas.

Título IV**Disposições finais e transitórias****Artigo 23****Direitos a prestações com base neste Acordo**

1. O presente Acordo não serve de base para direito a prestações referentes a período de tempo anterior à entrada em vigor deste instrumento.

2. Na aplicação deste Acordo, os períodos de seguro anteriores à sua vigência, assim como os fatos juridicamente relevantes, serão levados em conta em conformidade com a respectiva legislação das Partes.

3. Decisões anteriores não contrariam a aplicação deste Acordo.

4. Se um requerimento para cálculo da aposentadoria, que só pode ser requisitado com base neste Acordo, for apresentado em um prazo de 24 meses após sua entrada em vigor, o pagamento da aposentadoria terá início no mês em cujo princípio estavam preenchidas as condições necessárias, não antes da entrada em vigor deste Acordo.

5. As aposentadorias concedidas antes da entrada em vigor deste Acordo podem ser revistas a pedido do segurado, caso resultem em alguma alteração derivada unicamente das disposições deste Acordo. As aposentadorias fixadas antes da entrada em vigor do Acordo também podem ser revistas ex officio. Nesses casos, o dia do início do processo pela Instituição de uma das Partes serve de data de referência para o requerimento em conformidade com a legislação da outra Parte.

6. Se o resultado da revisão, de acordo com o parágrafo 5 deste Artigo, não conferir nenhuma aposentadoria ou atribuir uma inferior à que estava sendo paga antes da entrada em vigor deste Acordo, o valor da aposentadoria será mantido.

Artigo 24**Protocolo Adicional**

O Protocolo Adicional, em anexo, é parte integrante deste Acordo e dele não pode ser separado.

Artigo 25**Vigência e denúncia**

1. Este Acordo é válido por tempo indeterminado. Qualquer Parte pode denunciá-lo, por via diplomática e por escrito, até o dia 30 de setembro de cada ano. A denúncia será válida a partir do dia 1° de janeiro do ano seguinte.

(2) Im Falle einer Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Artikel 26

Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf gemäß der jeweiligen verfassungsmäßig vorgesehenen Verfahren der Vertragsstaaten der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Brasília ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

Geschehen zu Berlin am 3. Dezember 2009 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2. Em caso de denúncia, as disposições deste Acordo continuam a vigorar para os direitos a prestações, adquiridos até esse momento. Ficam sem efeito, para esses direitos, quaisquer disposições legais restritivas que excluam um direito, ou suspendam ou revoguem prestações em função da estada no estrangeiro.

Artigo 26

Ratificação e entrada em vigor

1. Este Acordo deverá ser ratificado em conformidade com os respectivos procedimentos constitucionais das Partes. A troca dos instrumentos de ratificação terá lugar, assim que possível, em Brasília.

2. Este Acordo entra em vigor no primeiro dia do segundo mês seguinte ao mês em que os instrumentos de ratificação tiverem sido trocados.

Feito em Berlim, aos 3 dias do mês de dezembro do ano de 2009, em dois originais, nos idiomas alemão e português, sendo ambos os textos igualmente autênticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha

Guido Westerwelle

Für die Föderative Republik Brasilien
Pela República Federativa do Brasil

Antônio de Aguiar Patriota
Carlos Eduardo Gabas

**Schlussprotokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Föderativen Republik Brasilien
über Soziale Sicherheit**

**Protocolo Adicional
ao Acordo
de Previdência Social
entre a República Federal da Alemanha
e a República Federativa do Brasil**

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, dass Einverständnis über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe h des Abkommens:

Der gewöhnliche Aufenthalt ergibt sich aus dem tatsächlichen, rechtmäßigen und auf Dauer ausgerichteten Verweilen sowie dem Schwerpunkt der Lebensverhältnisse.

2. Zu Artikel 2 des Abkommens:

Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung gelten die besonderen Bestimmungen über die Rentenversicherung in Teil II Kapitel 2 des Abkommens nicht.

3. Zu Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens:

- a) Für die Bundesrepublik Deutschland gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass der Träger soweit erforderlich auch Versicherungszeiten einer Person berücksichtigt, die in einem Staat, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 oder die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 anzuwenden ist, zurückgelegt worden sind.
- b) Für die Föderative Republik Brasilien gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass der Träger soweit erforderlich auch Versicherungszeiten einer Person berücksichtigt, die in einem Staat zurückgelegt worden sind, mit dem die Föderative Republik Brasilien ein bilaterales oder multilaterales Abkommen über Soziale Sicherheit abgeschlossen hat.

4. Zu Artikel 3 des Abkommens:

In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland bezieht sich dieses Abkommen auch auf Staatsangehörige eines Staates, in dem die Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 oder die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 anzuwenden ist, als unmittelbar erfasste Personen.

5. Zu Artikel 4 des Abkommens:

- a) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Abkommen oder im überstaatlichen Recht einer der Vertragsstaaten bleiben unberührt.
- b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- c) Sich gewöhnlich außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufhaltende Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Staates haben, in dem die Verord-

Ao assinar hoje o Acordo de Previdência Social celebrado entre a República Federal da Alemanha e a República Federativa do Brasil, os mandatários de ambas as Partes declaram existir concordância no que diz respeito ao seguinte:

1. Referente ao Artigo 1, parágrafo 1, alínea h, do Acordo:

A residência habitual é aquele lugar onde uma pessoa reside de fato e de direito, com intenção de permanência duradoura, e onde está o centro de suas relações sociais.

2. Referente ao Artigo 2 do Acordo:

Não se aplicam ao seguro complementar da caixa de seguro dos operários siderúrgicos, existente na República Federal da Alemanha, as disposições especiais sobre o seguro previdenciário (Título II, capítulo 2).

3. Referente ao Artigo 2, parágrafo 2, do Acordo:

- a) para a República Federal da Alemanha, aplica-se a frase 1 com a condição de que a Instituição, se necessário, tenha em consideração também períodos de seguros cumpridos em um Estado no qual são aplicáveis os Regulamentos (CEE) n° 1408/71 e (CE) n° 883/2004;
- b) para a República Federativa do Brasil, aplica-se a frase 1 com a condição de que a Instituição, se necessário, tenha em consideração também períodos de seguros cumpridos em um Estado no qual a República Federativa do Brasil possui Acordo Bilateral ou Multilateral de Previdência Social em vigor.

4. Referente ao Artigo 3 do Acordo:

Em relação à República Federal da Alemanha, este Acordo refere-se também a cidadãos nacionais de um Estado no qual são aplicáveis o Regulamento (CEE) n° 1408/71 ou o Regulamento (CE) n° 883/2004, considerando-os pessoas diretamente atingidas.

5. Referente ao Artigo 4 do Acordo:

- a) permanecem intactas as regras de repartição dos encargos segurados, contidas em acordos intergovernamentais ou no direito supranacional de uma das Partes;
- b) não é afetada a legislação de uma Parte que garanta a participação dos segurados e dos empregadores nos organismos administrativos autônomos das instituições e associações, assim como nos órgãos jurisdicionais da seguridade social;
- c) as pessoas que residem habitualmente fora do território da República Federal da Alemanha e que têm a nacionalidade de um Estado no qual são aplicáveis o

nung (EWG) Nr. 1408/71 oder die Verordnung (EG) Nr. 883/2004 anzuwenden ist, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung nur nach Maßgabe dieser Verordnungen berechtigt.

- d) Brasilianische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser Beitragszeiten für mindestens 60 Monate zurückgelegt haben; günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Buchstabe a Punkte ii und iii des Abkommens bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlosen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Föderativen Republik Brasilien aufhalten.

6. Zu Artikel 4 Absatz 2 des Abkommens:

Die aufgrund brasilianischer Rechtsvorschriften gewährten Geldleistungen unterliegen keiner Reduzierung, Änderung, Einstellung oder Einbehaltung nur weil der Leistungsempfänger sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats oder eines Drittstaats gewöhnlich aufhält.

7. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- a) Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Föderativen Republik Brasilien gilt Artikel 5 des Abkommens in Bezug auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht.
- b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Arbeitsunfällen (Berufskrankheiten), die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.
- c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie über ergänzende Leistungen durch die Träger der Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte bleiben unberührt.
- d) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, werden nicht berührt.

8. Zu den Artikeln 6 bis 9 des Abkommens:

- a) Untersteht eine Person nach den Artikeln 6 bis 9 des Abkommens den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, so finden hinsichtlich dieser Beschäftigung in gleicher Weise auf sie und ihren Arbeitgeber allein die Vorschriften dieses Vertragsstaats über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung (Arbeitslosenversicherung) Anwendung.
- b) Arbeitgeber von entsandten abhängig beschäftigten Personen sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen Trägern und Organisationen des Staats, in dem die Beschäftigung tatsächlich ausgeübt wird, zusammenzuarbeiten. Weitergehende innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

9. Zu den Artikeln 6 und 7 des Abkommens:

Die Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt.

Regulamento (CEE) n° 1408/71 ou o Regulamento (CE) n° 883/2004 podem ser segurados facultativos do sistema previdenciário alemão somente nos termos destes Regulamentos;

- d) os cidadãos brasileiros que residem habitualmente fora do território da República Federal da Alemanha podem ser segurados facultativos do sistema previdenciário alemão se tiverem cumprido tempo de contribuição de, pelo menos, 60 meses; não ficam prejudicadas, com isso, disposições legais nacionais mais favoráveis. Tal é válido também para os refugiados e apátridas referidos no Artigo 3, alínea a, incisos ii e iii, do Acordo, que residam habitualmente no território da República Federativa do Brasil.

6. Referente ao Artigo 4, parágrafo 2, do Acordo:

As prestações pecuniárias concedidas em virtude da legislação brasileira não estão sujeitas a redução, modificação, suspensão ou retenção pelo fato de o beneficiário ter sua residência habitual no território da outra Parte ou em um terceiro país.

7. Referente ao Artigo 5 do Acordo:

- a) para as pessoas com residência habitual no território da República Federativa do Brasil, o Artigo 5 do Acordo que se refere ao pagamento de uma aposentadoria de acordo com a legislação alemã, concedida devido à incapacidade laboral, só se aplica caso o direito à prestação exista independentemente da respectiva situação do mercado laboral;
- b) não é afetada a legislação alemã relativa às prestações resultantes de acidentes de trabalho (doenças ocupacionais) que não se produziram no território da República Federal da Alemanha, bem como às prestações resultantes de períodos de seguro não cumpridos no território da República Federal da Alemanha;
- c) não é afetada a legislação alemã relativa às prestações de reabilitação médica, apoio à reintegração laboral e prestações complementares realizadas pelas instituições do seguro previdenciário e do seguro de aposentadoria dos agricultores;
- d) não é afetada a legislação alemã que prevê a suspensão de direitos a prestações do seguro previdenciário no caso de pessoas que se evadiram ao exterior para fugir de um processo penal contra elas instituído.

8. Referente aos Artigos 6 a 9 do Acordo:

- a) se uma pessoa estiver submetida à legislação de uma das Partes conforme Artigos 6 a 9 do Acordo, então são aplicáveis tanto a ela e quanto ao seu empregador somente as normas dessa Parte quanto à compulsoriedade de ser filiado ao seguro-desemprego (fomento do trabalho);
- b) os empregadores de trabalhadores dependentes deslocados estão obrigados a cooperar com as instituições competentes e as organizações da Parte no território da qual a pessoa efetivamente trabalha, com o objetivo de garantir a segurança no trabalho e prevenir acidentes de trabalho, sem prejuízo de outras disposições legais nacionais.

9. Referente aos Artigos 6 e 7 do Acordo:

Não é afetada a legislação de ambas as Partes quanto à cobertura securitária no caso de prestação de ajuda e outras ações independentes de emprego no estrangeiro.

10. Zu Artikel 7 des Abkommens:

- a) Eine Entsendung in den anderen Vertragsstaat liegt insbesondere dann nicht vor, wenn
 - i. die Tätigkeit der entsandten abhängig beschäftigten Person nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Entsendestaat entspricht;
 - ii. der Arbeitgeber der entsandten abhängig beschäftigten Person im Entsendestaat gewöhnlich eine nennenswerte geschäftliche Tätigkeit nicht ausübt;
 - iii. die zum Zwecke der Entsendung eingestellte Person zu diesem Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Entsendestaat hat;
 - iv. die Arbeitnehmerüberlassung einen Verstoß gegen das Recht eines Vertragsstaats darstellt oder
 - v. die abhängig beschäftigte Person seit dem Ende des letzten Entsendezeitraums weniger als sechs Monate im Entsendestaat beschäftigt war.
- b) Die festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens bereits entsandt sind, mit diesem Tag.

11. Zu Artikel 8 Absatz 2 und Artikel 9 des Abkommens:

Unterliegt die betroffene Person den deutschen Rechtsvorschriften, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt oder tätig war, wobei eine durch die vorherige Anwendung des Artikels 7 des Abkommens zustande gekommene andere Regelung weitergilt. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt oder tätig, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

12. Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht zu entschädigende Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) sowie über Leistungen für nach dem Fremdrentenrecht (das Recht in Bezug auf bestimmten Renten, die aufgrund von Versicherungszeiten gewährt werden, die außerhalb des deutschen Hoheitsgebietes infolge des 2. Weltkrieges zurückgelegt wurden) anrechenbare Versicherungszeiten bleiben unberührt.

10. Referente ao Artigo 7 do Acordo:

- a) não será considerado deslocamento para outra Parte se, especialmente:
 - i. o trabalho a ser realizado pelo trabalhador dependente deslocado não corresponde ao campo de atividade do empregador no Estado de origem do deslocamento;
 - ii. o empregador do trabalhador dependente deslocado não exerce habitualmente uma atividade econômica significativa no Estado de origem do deslocamento;
 - iii. a pessoa contratada para o deslocamento não tem naquele momento sua residência habitual no Estado de origem do deslocamento;
 - iv. a cessão do trabalhador deslocado representa uma infração ao direito de uma das Partes, ou
 - v. o trabalhador dependente, desde o último período de deslocamento, trabalhou menos que seis meses no Estado de origem do deslocamento;
- b) para as pessoas que já se encontram deslocadas no dia da entrada em vigor do Acordo, o prazo fixado começa a ser contado a partir deste mesmo dia.

11. Referente aos Artigos 8, parágrafo 2 e 9 do Acordo:

Se a pessoa envolvida estiver submetida à legislação alemã, ela será considerada como pessoa que está trabalhando ou exercendo funções naquele lugar onde trabalhou ou exerceu funções anteriormente; contudo, segue sendo válida uma regulação acordada antes com base no Artigo 7 do Acordo. Caso a pessoa não tenha trabalhado ou não tenha exercido funções anteriormente no território da República Federal da Alemanha, ela é considerada como pessoa que está trabalhando ou exercendo funções no lugar onde a autoridade alemã competente tem a sua sede.

12. Não será afetada a legislação alemã relativa a prestações com respeito a acidentes de trabalho (doenças ocupacionais) a serem indenizados de acordo com o Fremdrentenrecht (Direito relativo a certas aposentadorias concedidas em função de períodos de seguro cumpridos fora do território alemão em consequência da II Guerra Mundial), e relativo a prestações resultantes de períodos de seguro computáveis de acordo com o Fremdrentenrecht.

Vereinbarung
zur Durchführung des Abkommens vom 3. Dezember 2009
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Föderativen Republik Brasilien
über Soziale Sicherheit

Convênio de Execução
do Acordo de Previdência Social
de 3 de Dezembro de 2009
entre a República Federal da Alemanha
e a República Federativa do Brasil

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Föderativen Republik Brasilien –

O Governo da República Federal da Alemanha
e
O Governo da República Federativa do Brasil

auf der Grundlage des Artikels 19 Absatz 1 des Abkommens vom 3. Dezember 2009 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Republik Brasilien über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

Baseando-se no Artigo 19, parágrafo 1, do Acordo de Previdência Social de 3 de dezembro de 2009 entre a República Federativa do Brasil e a República Federal da Alemanha (doravante denominado “Acordo”),

sind wie folgt übereingekommen:

Acordam o seguinte:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Título I
Disposições gerais

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

Artigo 1
Definições

In dieser Vereinbarung werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Os termos no presente Convênio serão utilizados conforme definidos no Acordo.

Artikel 2
Aufklärungspflichten

Artigo 2
Dever de informação

Den nach Artikel 19 Absatz 2 des Abkommens bestimmten Verbindungsstellen und den nach Artikel 9 des Abkommens von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Aos organismos de ligação determinados de conformidade com o Artigo 19, parágrafo 2 do Acordo e às instâncias designadas pelas autoridades competentes, segundo o Artigo 9 do Acordo, incumbe a responsabilidade, no âmbito das suas competências, de informar as pessoas abrangidas sobre os seus direitos e deveres resultantes do Acordo em geral.

Artikel 3
Mitteilungspflichten

Artigo 3
Obrigação de comunicação

(1) Die in Artikel 19 Absätze 2 und 6 sowie in Artikel 14 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dem Abkommen und dieser Vereinbarung ergeben.

1. As instâncias referidas no Artigo 19, parágrafos 2 e 6, e no Artigo 14 do Acordo deverão, no âmbito de suas competências, comunicar à outra Parte e às pessoas abrangidas os fatos e colocar à disposição delas os meios probatórios necessários à garantia dos direitos e deveres derivados da legislação mencionada no Artigo 2, parágrafo 1 do Acordo, assim como derivados do Acordo e do presente Convênio.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in Bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

Artikel 4
Bescheinigung über die
anzuwendenden Rechtsvorschriften

(1) In den Fällen der Artikel 7 und 9 des Abkommens erteilt die zuständige Stelle des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in Bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, dass für die abhängig beschäftigte Person und den Arbeitgeber oder – sofern es sich nicht um eine abhängig beschäftigte Person handelt – für diese Person diese Rechtsvorschriften gelten. Die Bescheinigung muss mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt in den Fällen des Artikels 7 des Abkommens der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden oder, falls keine Beiträge zur Rentenversicherung an einen Träger der Krankenversicherung abgeführt werden, die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin, diese Bescheinigung aus. In den Fällen des Artikels 9 des Abkommens stellt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn, die Bescheinigung aus.

(3) Sind die brasilianischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt das Instituto Nacional do Seguro Social (INSS) (Nationales Institut für Sozialversicherung), Brasília, oder der von ihr bezeichnete Träger diese Bescheinigung aus.

Artikel 5
Zahlverfahren

Renten oder andere Geldleistungen an Empfänger im anderen Vertragsstaat können unmittelbar oder unter Einschaltung von Verbindungsstellen ausgezahlt werden.

Abschnitt II
Besondere Bestimmungen

Artikel 6
Arbeitsunfallanzeige

(1) Für die Anzeige eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen die Versicherung besteht.

(2) Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet. Geht dem Träger des Aufenthaltsorts die Anzeige zu, übersendet er sie unverzüglich dem zuständigen Träger.

Artikel 7
Statistiken

Die nach Artikel 19 Absatz 2 des Abkommens bestimmten Verbindungsstellen erstellen jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, Statistiken über die in den anderen Vertragsstaat vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich auf Zahl und Gesamtbetrag der Zahlungen erstrecken, die nach Leistungsarten gegliedert sind. Die genaue Aufgliederung regeln die Verbindungsstellen. Die Statistiken werden ausgetauscht.

2. Se uma pessoa tiver, segundo a legislação mencionada no Artigo 2, parágrafo 1 do Acordo, ou segundo o Acordo ou este Convênio, o dever de comunicar à Instituição ou a outras instâncias determinados fatos, esse dever também se refere aos respectivos fatos existentes no território da outra Parte ou fatos relevantes no âmbito da legislação desta última. Esse dever também se aplica caso uma pessoa tenha de colocar à disposição determinados meios probatórios.

Artigo 4
Certificado sobre a legislação aplicável

1. Nos casos abrangidos pelos Artigos 7 e 9 do Acordo, a instância da Parte cuja legislação é aplicável emitirá, a pedido, para a atividade prevista, um certificado no qual atesta a aplicabilidade desta legislação quanto ao empregador e ao trabalhador dependente, bem como a um trabalhador não dependente. Este certificado deverá prever um período de validade determinado.

2. Se for aplicada a legislação alemã, nos casos referidos no Artigo 7 do Acordo, o certificado será conferido pela instituição do seguro-saúde à qual são recolhidas as contribuições ao seguro previdenciário ou, no caso em que não sejam transferidas quaisquer contribuições ao seguro previdenciário, a uma instituição de seguro-saúde, pela Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin. Nos casos referidos no Artigo 9 do Acordo, o certificado é conferido pelo Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn (Confederação Nacional dos Seguros-Saúde, Organismo de Ligação Internacional, Bonn).

3. Se for aplicada a legislação brasileira, o Instituto Nacional do Seguro Social (INSS), Brasília, ou a instituição por ele designada, expedirá o certificado.

Artigo 5
Pagamento

Aposentadorias e outras prestações pecuniárias devidas a beneficiários que se encontram na outra Parte podem ser pagas diretamente ou através da ajuda dos organismos de ligação.

Título II
Disposições específicas

Artigo 6
Comunicação de acidentes de trabalho

1. A comunicação de um acidente de trabalho ou de uma doença ocupacional será regida pela legislação da Parte em virtude da qual existe a relação de seguro.

2. A comunicação deverá ser feita à instituição competente. Assim que recebida pela instituição do local de estada do acidentado, a comunicação será enviada à instituição competente sem demora.

Artigo 7
Estatísticas

Os organismos de ligação designados pelo Artigo 19, parágrafo 2 do Acordo, elaborarão anualmente – utilizando sempre o dia 31 de dezembro como data de referência – estatísticas sobre os pagamentos efetuados à outra Parte. Os dados deverão referir-se à quantidade e ao valor global dos pagamentos e ser especificados por tipos de prestações. As especificações serão estabelecidas pelos organismos de ligação. As estatísticas serão intercambiadas.

Abschnitt III
Schlussbestimmung

Artikel 8

Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

(1) Beide Vertragsstaaten teilen einander auf diplomatischem Wege mit, dass ihre notwendigen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind.

(2) Diese Vereinbarung tritt am Tag des Inkrafttretens des Abkommens in Kraft und gilt für die Dauer des Abkommens.

Geschehen zu Berlin am 3. Dezember 2009 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Título III
Disposição Final

Artigo 8

Entrada em vigor e duração do Convênio

1. Cada Parte notificará a outra, por via diplomática, do cumprimento de seus requisitos nacionais necessários para a entrada em vigor deste Convênio.

2. Este Convênio entrará em vigor na data de entrada em vigor do Acordo e terá a mesma duração do Acordo.

Feito em Berlin, aos 3 dias do mês de dezembro do ano de 2009, em dois originais, nos idiomas alemão e português, sendo ambos os textos igualmente autênticos.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pelo Governo da República Federal da Alemanha

Guido Westerwelle

Für die Regierung der Föderativen Republik Brasilien
Pelo Governo da República Federativa do Brasil

Antônio de Aguiar Patriota
Carlos Eduardo Gabas

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Booz Allen Hamilton, Inc.“
(Nr. DOCPER-AS-39-15)**

Vom 9. Juli 2010

Nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021, 1022; 1982 II S. 530, 531; 1994 II S. 2594, 2598) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 20. Januar 2010 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Booz Allen Hamilton, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-39-15) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 20. Januar 2010

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 9. Juli 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Franz Josef Kremp

Auswärtiges Amt

Berlin, den 20. Januar 2010

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 0503 vom 20. Januar 2010 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Booz Allen Hamilton, Inc. einen Vertrag auf Basis der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-39-15 über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen Booz Allen Hamilton, Inc. zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen Booz Allen Hamilton, Inc. wird im Rahmen seines Vertrags zur Bereitstellung von Analytischen Dienstleistungen für die im Sinne des NATO-Truppenstatuts in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Dienstleistungen erbringen:

Der Auftragnehmer unterstützt die langfristige Planung und Durchführung von Stationierungsmaßnahmen der US-Luftwaffe in Europa (USAFE) im europäischen Operationsgebiet. Der Auftragnehmer ist an der ingenieurtechnischen Erfassung von Standorten zur Stationierung von Waffensystemen sowie an Einschätzungen des Unterstützungsbedarfs beteiligt. Der Auftragnehmer leistet Unterstützung bei der Datenauswertung und gibt dem USAFE-Kommandeur Empfehlungen für künftige Ein-

satzstandorte. Der Auftragnehmer muss in der Lage sein, zur Erstellung detaillierter Kostenvoranschläge und von Zeitplänen im Zusammenhang mit technischen Projekten sowie zur Abstimmung der technischen Rahmenbedingungen beizutragen. Dieser Vertrag umfasst die folgende Tätigkeit: Military Planner (Anhang I.1.).

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeiten von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 4 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen Booz Allen Hamilton, Inc. wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika tätig.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-39-15 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Booz Allen Hamilton, Inc. endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 15. September 2009 bis 14. September 2010 ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.
7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt drei Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 20. Januar 2010 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 0503 vom 20. Januar 2010 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 20. Januar 2010 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „Booz Allen Hamilton, Inc.“
(Nr. DOCPER-AS-39-16)**

Vom 9. Juli 2010

Nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021, 1022; 1982 II S. 530, 531; 1994 II S. 2594, 2598) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 20. Januar 2010 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „Booz Allen Hamilton, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-39-16) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkraftretensklausel

am 20. Januar 2010

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 9. Juli 2010

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Franz Josef Kremp

Auswärtiges Amt

Berlin, den 20. Januar 2010

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika den Eingang der Verbalnote Nr. 0506 vom 20. Januar 2010 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen Booz Allen Hamilton, Inc. einen Vertrag auf Basis der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-39-16 über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen Booz Allen Hamilton, Inc. zur Erleichterung der Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen Booz Allen Hamilton, Inc. wird im Rahmen seines Vertrags zur Bereitstellung von Analytischen Dienstleistungen für die im Sinne des NATO-Truppenstatuts in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Dienstleistungen erbringen:

Die Unterstützungsleistungen des Auftragnehmers umfassen die Bereitstellung von Fachwissen bezüglich Aufklärung, Bedrohungsanalysen und Prognosemethoden bei der Auswertung nachrichtendienstlicher Informationen zur Beurteilung von Entwicklungen, Trends und Bedrohungsimplicationen in für das US Africa Command wichtigen geographischen und fachlichen Bereichen. Der Auftragnehmer führt Informationsrecherchen auf Basis aller verfügbarer Quellen, Sicherheitszusammenarbeit, Auswertungen der Informationsweitergabe ins Ausland, Spionageabwehr, Informationsgewinnung mit menschlichen Quellen, Informationsgewinnungsmanagement, Planung im

Bereich nachrichtendienstliche Aufklärung und Überwachung, Zielplanung, Einsätze im Bereich Terrorbekämpfung sowie Planung zwecks Lenkung und Anleitung der Entwicklung nachrichtendienstlicher Produkte durch. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: Intelligence Analyst (Anhang II.2.) und Program/Project Manager (Anhang V.1.).

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 betreffend die Tätigkeiten von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 4 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen Booz Allen Hamilton, Inc. wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika tätig.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-39-16 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen Booz Allen Hamilton, Inc. endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 6. April 2009 bis 5. April 2014 ist dieser Vereinbarung beigelegt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.
7. Im Falle der Verletzung der Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 in der Fassung der Änderungsvereinbarung vom 28. Juli 2005 oder dieser Vereinbarung durch das oben genannte Unternehmen kann eine Partei dieser Vereinbarung jederzeit diese Vereinbarung nach vorhergehenden Konsultationen durch Notifikation kündigen; die Vereinbarung tritt drei Monate nach ihrer Kündigung außer Kraft.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 7 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 20. Januar 2010 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 0506 vom 20. Januar 2010 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 20. Januar 2010 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC)
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 16. Juli 2010

Das in Gaborone am 22. Juni 2010 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika über Finanzielle Zusammenarbeit 2008 ist nach seinem Artikel 5

am 22. Juni 2010

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 16. Juli 2010

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Friedrich Kitschelt

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika
über Finanzielle Zusammenarbeit 2008**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verbalnote Nummer 83/08 vom 2. Oktober 2008 und die Verbalnote Nummer 91/08 vom 9. Dezember 2008 der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Gaborone mit der Zusage der Mittel –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika oder anderen, von beiden Vertragsparteien gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Finan-

zierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 20 000 000,- EUR (in Worten: zwanzig Millionen Euro) für die folgenden Vorhaben zu erhalten:

- a) „Transnationales Naturschutzgebiet Great Limpopo Park III“ bis zu 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro);
- b) „Regionaler Fonds für Wasser- und Basissanitärversorgung“ bis zu 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbei-

träge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2016.

(3) Die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, trägt Sorge dafür, dass etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantiert werden.

Artikel 3

Die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika bemüht sich sicherzustellen, dass die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben freigestellt wird, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung der in Arti-

kel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika erhoben werden.

Artikel 4

Die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika bemüht sich sicherzustellen, dass

1. bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen überlassen wird,
2. keine Maßnahmen getroffen werden, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und
3. gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen erteilt werden.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Gaborone am 22. Juni 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Höfinger

Für die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika
Dr. Tomaz A. Salomão

**Bekanntmachung
des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC)
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 16. Juli 2010

Das in Gaborone am 22. Juni 2010 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika über Finanzielle Zusammenarbeit 2009 ist nach seinem Artikel 5

am 22. Juni 2010

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 16. Juli 2010

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Friedrich Kitschelt

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika über Finanzielle Zusammenarbeit 2009

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Verhandlungen vom 3. November 2009 über die gemeinsame Entwicklungszusammenarbeit –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika oder anderen, von beiden Vertragsparteien gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von insgesamt 12 000 000,- EUR (in Worten: zwölf Millionen Euro) für das Vorhaben „Grenzüberschreitendes Naturschutzgebiet Kavango-Sambesi II“ zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern des Finanzierungsbeitrags zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage des in Artikel 1 Absatz 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diesen Betrag endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2017.

(3) Die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika bemüht sich sicherzustellen, dass die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben freigestellt wird, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika erhoben werden.

Artikel 4

Die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika bemüht sich sicherzustellen, dass

1. bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen überlassen wird,
2. keine Maßnahmen getroffen werden, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und
3. gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen erteilt werden.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Gaborone am 22. Juni 2010 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Höfing er

Für die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika

Dr. Tomaz A. Salomão

**Bekanntmachung
des deutsch-chilenischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 26. Juli 2010

Das in Santiago de Chile am 20. November 2007 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über Finanzielle Zusammenarbeit 2005 („Programm Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“) ist nach seinem Artikel 5

am 29. November 2007

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 26. Juli 2010

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dorothea Groth

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Chile
über Finanzielle Zusammenarbeit 2005**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Chile –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Chile,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Chile beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 3. Juni 2005 und auf die Note der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile an die Regierung der Republik Chile vom 16. Dezember 2005

(422/05 WZ 444.00) im Rahmen des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile über Finanzielle Zusammenarbeit vom 4. Juli 2005 Artikel 1 Absatz 5,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Chile oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgenden Betrag zu erhalten:

ein Darlehen von insgesamt 5 000 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen Euro) für das Vorhaben „Programm Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit des Vorhabens festgestellt worden ist.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist grundsätzlich bereit, zusätzlich zu dem in Absatz 1 genannten Betrag, im Rahmen der in der Bundesrepublik Deutschland bestehen-

den innerstaatlichen Richtlinien und bei Vorliegen der Deckungsvoraussetzungen eine Bürgschaft bis zu 10 000 000,- EUR (in Worten: zehn Millionen Euro) zur Ermöglichung von Verbundkrediten der Finanziellen Zusammenarbeit durch die KfW für das in Absatz 1 genannte Vorhaben zu übernehmen.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Chile durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Chile oder einem anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer darüber hinaus, für das Vorhaben „Programm Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 30 000 000,- EUR (in Worten: dreißig Millionen Euro) zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt worden ist, die gute Kreditwürdigkeit der Republik Chile weiterhin gegeben ist und die Regierung der Republik Chile eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditnehmer wird. Dieses vergünstigte Darlehen kann nicht im Rahmen anderer Vorhaben verwendet werden.

(5) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Chile zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung des in Absatz 1 genannten Vorhabens oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung des in Absatz 1 genannten Vorhabens von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Darlehensvertrag geschlossen wurde. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2013.

(3) Die Regierung der Republik Chile, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(4) Die Regierung der Republik Chile, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Chile stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Republik Chile erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Chile überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-/Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Republik Chile der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Santiago de Chile am 20. November 2007 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

P. Scholz

Für die Regierung der Republik Chile

Alejandro Foxley

**Bekanntmachung
des Abkommens
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Entwicklungsbank der Andengemeinschaft (CAF)
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 26. Juli 2010

Das in Caracas am 17. Oktober 2006 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklungsbank der Andengemeinschaft (CAF) über Finanzielle Zusammenarbeit 2005 („Regenerative Energien – und Energieeffizienzprogramm“) ist nach seinem Artikel 5

am 17. Oktober 2006

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 26. Juli 2010

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dorothea Groth

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Entwicklungsbank der Andengemeinschaft
über Finanzielle Zusammenarbeit 2005**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Entwicklungsbank der Andengemeinschaft
– im Folgenden „CAF“ genannt –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CAF,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern der Aktionäre der CAF beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der CAF, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für das „Regenerative Energien – und Energieeffizienzprogramm“ ein zinssatzverbilligtes Darlehen, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 30 000 000,- EUR (in Worten: dreißig Millionen Euro) zu erhalten, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Programms festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit der CAF weiterhin gegeben ist. Das Programm kann nicht durch andere Programme ersetzt werden.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der KfW und der CAF zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz
 Postanschrift: 11015 Berlin
 Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
 Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
 Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
 Postanschrift: 53094 Bonn
 Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
 Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mBH.
 Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
 Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
 Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
 Bundesanzeiger Verlagsges.mBH., Postfach 10 05 34, 50445 Köln
 Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-2 78
 E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de
 Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 45,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mBH. · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln
 Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Artikel 3

Die CAF bemüht sich darum, dass Abschluss und Ausführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags von Steuern und sonstigen Abgaben in den Ländern der Aktionäre der CAF befreit werden.

Artikel 4

Die CAF bemüht sich, dass bei den sich aus der Gewährung des Darlehens ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten

die freie Wahl der Verkehrsunternehmen überlassen wird, dass keine Maßnahmen getroffen werden, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und dass gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen erteilt und eingeholt werden.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Caracas am 17. Oktober 2006 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 Georg Clemens Dick

Für die Entwicklungsbank der Andengemeinschaft
 Enrique García